

## Rede 1. Mai

Wir stehen heute hier vereint, Schulter an Schulter, um den Tag der Arbeiter:innenklasse zu feiern. Der 1. Mai steht wie kein anderer Tag für die Geschichte der Kämpfe unserer Klasse. Ausgerufen wurde er von der zweiten Internationalen, der Weltorganisation der Kommunisten, in Erinnerung an die Streiks und Kämpfe US-amerikanischen Arbeiter:innen um den 8-Stunden-Tag. Einige von ihnen wurden in diesem Kampf getötet. Gerade, indem wir den Blick zurückwerfen, wird uns bewusst: Der 1. Mai ist kein bloßer Tag zum Feiern, sondern in erster Linie ein Tag lebendiger Kämpfe!

Gründe gibt es dafür mehr als genug. Das beginnt bei Erfahrungen, die ich tagtäglich im Rahmen meiner Ausbildung sammle:

Ich könnte beginnen bei Geschichten von Patienten, die mir berichten, sie fühlen sich wie Fließbandware, die durch die Flure geschoben wird. Ich könnte erzählen von Tagen, an denen die Station mal wieder nur durch Auszubildende, die die Arbeit von ausgebildeten Fachkräften leisten, überhaupt läuft. Oder auch von Kolleg:innen, die aufgrund jahrelanger harter körperlicher Arbeit selbst Pflegefälle sind – und trotzdem noch 10 Jahre schufteten müssen bis zur Rente. Eine Rente, die kaum zum Leben reichen wird. Wie lange soll unser Gesundheitssystem noch so heruntergewirtschaftet werden?

Auf der Demonstration heute wurde deutlich gemacht, wo die aktuellen Verhältnisse, die angeblich „alternativlos“ sind, hinführen:

Seit über zwei Jahren zehrt der Krieg in der Ukraine die Menschen auf. Im Interesse unserer russischen oder ukrainischen Kolleg:innen ist das sicher nicht. Sie stehen durch Zwangsrekrutierungen an den Fronten. Ihre Lebensgrundlage, ihre Dörfer und Städte werden zerstört, zu Hunderttausenden gehen sie in den Tod. Und gleichzeitig wird ihnen durch das Kriegsrecht verboten gegen all das zu streiken oder zu demonstrieren.

Liebe Kolleg:innen, da müssen wir uns doch fragen, in wessen Interesse es *dann* liegt, dass immer noch Krieg in der Ukraine herrscht! Um es mit den Worten von Egon Bahr – SPD-Mitglied und Vordenker von Willy Brandts Ostpolitik – zu sagen: „In der internationalen Politik geht es nie um Demokratie oder Menschenrechte. Es geht um die Interessen von Staaten.“ Der Krieg in der Ukraine ist kein Show-Down zwischen „gut“ und „böse“. Er ist die Spitze der Eskalation eines eigentlich seit Jahrzehnten anhaltenden Konflikts. Durch den Angriff auf die Ukraine versucht Russland den eigenen Einfluss militärisch zu sichern. Währenddessen kämpfen die USA und EU um mehr Einfluss in der Region, um Ressourcen, billige Arbeitskräfte und Märkte im Osten. Die Gewinner sind klar: Rüstungskonzerne wie Rheinmetall, für die der Krieg schon jetzt für Milliardenprofite sorgt. Und der anstehende Wiederaufbau wird weitere lukrative Investitions- und Profitmöglichkeiten bringen. Wenn Wert vernichtet wird, schafft das immer auch einen neuen, zukünftigen Markt.

Für das deutsche Kapital bietet der Krieg in der Ukraine noch immer einen willkommenen Rahmen für die eigenen Kriegsvorbereitungen. Die von Olaf Scholz angekündigte Zeitenwende ist längst da. Durch die im Sommer 2023 beschlossene „nationale Sicherheitsstrategie“ soll die „allgemeine Wehrhaftigkeit“ der Gesellschaft gesteigert werden. Konkret heißt das: 71 Milliarden Euro allein 2024 für Rüstungsausgaben, um auf die NATO-konformen 2% des BIPs zu kommen. Gleichzeitig werden die heftigsten Angriffe auf den sogenannten „Sozialstaat“ gefahren seit der Agenda 2010 - Kürzungen in der Bildung, der Gesundheit und den sozialen Bereichen. Im Dienste der Aufrüstung schlägt Lindner vor, könne man Sozialleistungen ja gleich für drei Jahre einfrieren. Geld alleine reicht aber nicht, um die Bundeswehr in großem Stile kriegsfähig zu machen. Dafür braucht es auch

Soldat:innen. Und die sollen auch herangeschafft werden – mit der Wehrpflicht, für deren Wiedereinführung Pistorius Ende Mai Pläne präsentieren wird.

Liebe Kolleg:innen, ich sage es nicht gerne, aber es muss in dieser Deutlichkeit sein: Der Krieg in der Ukraine ist nur der Vorbote einer noch größeren Eskalation um die Neuaufteilung der Welt. Und die deutschen Imperialisten wollen dieses Mal wieder ganz vorne mitmischen. So sicher wie das Amen in der Kirche ist, dass die Kapitalist:innen bereit sind, ihre Interessen mit Kriegen durchzusetzen. Sie können auch gar nicht anders. Wenn man das kapitalistische Konkurrenzprinzip zwischen den Staaten zu Ende denkt, bedeutet es letztendlich immer Krieg.

Wenn wir nicht wollen, dass die 50 Maireden, die ich bis zu meinem Renteneintritt noch halten darf – sofern ich nicht die Verletzten im Auslandseinsatz versorgen muss oder selbst an der Front draufgehe – wieder die nächsten großen Kriege als Thema haben, dann ist unsere Pflicht, jetzt gegen den Krieg Stellung zu beziehen. Wir können Kriege nur verhindern, bevor sie ausbrechen! Lasst uns ihnen zeigen: Wir sterben nicht für Eure Kriege! Unser Hauptfeind heißt deutscher Imperialismus und steht im eigenen Land.

Während die deutschen Kapitalisten weiter aufrüsten und den Krieg mit Waffenlieferungen anheizen, bezahlen wir Arbeiter:innen bereits jetzt dafür. Die Preissteigerungen lassen sich nicht vom westlichen Wirtschaftskrieg rund um die Ukraine trennen, sind aber auch nicht ausschließlich auf den Krieg zurückzuführen. Spekulationsgeschäfte und künstliche Verknappung sind Alltag im Kapitalismus. Die Kapitalisten beuten uns erst auf der Arbeit aus, danach verkaufen sie uns zu übersteuerten Preisen lebensnotwendige Güter. Dass nach der Lohnarbeit andere Kapitalisten wie Vermieter über uns herfallen, ist Teil eines alltäglichen Irrsinns. Die steigenden Preise haben nicht erst mit dem Ukraine-Krieg begonnen und werden uns noch lange Zeit begleiten.

So und so sind wir Arbeiter:innen es, die den Gürtel enger schnallen sollen. Wir erleben, wenn man die Zahlen nicht künstlich beschönigt, schon jetzt die größten Reallohnverluste seit dem 2. Weltkrieg. Massenhaft begehen die Arbeitgeber in den letzten Jahren Tariffucht und versuchen damit die Errungenschaften unserer Klasse – Löhne, die wenigstens einigermaßen zum Leben reichen, und Arbeitsbedingungen, die uns nicht chronisch krank machen – zu umgehen. Die „sozialverträgliche Transformation“ ist geprägt von Standortabbau und Verlagerung in sogenannte „best-cost-countries“ – frei von störenden Gewerkschaften versteht sich.

Liebe Kolleg:innen, offensichtlicher könnte es eigentlich nicht sein, dass das ewige Märchen der Sozialpartnerschaft längst auserzählt ist. Was wir von Seiten der Kapitalisten sehen, lässt sich einfach zusammenfassen: Es ist Klassenkampf von oben! Ist das die Zeit, um weiterhin zu versuchen, faule Deals mit Kapitalisten abzuschließen und uns mit Einmalzahlungen abspeißen zu lassen? Und wie einige Gewerkschaftsspitzen der angeblichen Sozialpartnerschaft nachzuweinen? Auch, wenn die wirtschaftliche Situation im Gesamten keine einfache ist: Geld ist nach wie vor da. Und es liegt eben nicht in der Bürgergeldkasse, sondern immer noch in den Taschen der Konzernchefs, Aktionär:innen und Bonzen.

Da kann ich gut verstehen, dass einige unserer Kolleg:innen frustriert sind über die Regierung und die Führung unserer Gewerkschaften. Kriege, Rekordinflation und Teuerung lösen reihenweise Zukunftsängste aus. Wir Gewerkschafter:innen wissen in der Regel: Die AfD kann hierzu keine Alternative sein! Ihr aktueller Höhenflug ist Teil einer Rechtsentwicklung in der gesamten Gesellschaft. Liebe Kolleg:innen, erlaubt mir das in aller Deutlichkeit zu sagen: Man bekämpft Faschisten nicht, indem man sich ihnen politisch annähert! Es ist nicht die Zeit, Seite an Seite mit Arbeitgebern und dem Staat Saalveranstaltungen „gegen Rechts“ abzuhalten. Vielmehr müssen wir der grassierenden Existenzangst durch erfolgreiche Kämpfe im Betrieb etwas entgegensetzen und mit endlich sozialerer Politik der AfD die Grundlage für ihren Stimmenzuwachs entziehen!

Krieg, wiederkehrende Krisen, Teuerungen – die Herrschenden sagen, all diese Auswüchse der kapitalistischen Barbarei seien alternativlos. Und während sie diese Alternativlosigkeit predigen, steuern sie uns weiter auf eine Zukunft der völligen Kriegseskalation, des sozialen Abbaus und auf einen unbewohnbaren Planeten zu.

Ist all das wirklich so alternativlos?

Der technische Fortschritt würde uns jetzt schon erlauben, bei deutlich weniger Arbeitszeit alle Bedarfe des täglichen Lebens zu decken. Schon jetzt gibt es genug Wohnraum, wenn wir ihn den Händen der Immobilienspekulanten entziehen würden. Genug Essen, damit keine und keiner mehr auf dieser Welt hungern muss, wäre schon da, würden wir es gerecht verteilen. Die Frage ist nicht so sehr, ob unsere Ressourcen reichen. Die Frage ist, wer entscheidet, was bei wem ankommt.

Eine andere Welt ist durchaus möglich. Anstelle einer Gesellschaft, die von der chaotischen Willkür des Marktes regiert wird, könnten die Bedürfnisse und Entfaltung aller Menschen im Mittelpunkt stehen. Öffentliche Daseinsfürsorge, Bildung, Pflege – all das wären kollektive Aufgaben, die wir als Gesellschaft priorisieren könnten. Wenn wir entscheiden, was und wie produziert wird, dann können wir all das, was wir mit unseren Händen schaffen, was aber noch nicht uns gehört, sehr viel sinnvoller einsetzen. Wenn anstelle von Profitmacherei wissenschaftliche Prinzipien träten, könnten wir eine Art des geplanten Produzierens einführen, die langfristig alle Menschen versorgt und im Einklang mit der Umwelt steht. Anstatt Krieg und Konkurrenz um Ressourcen könnten wir in Frieden und Freundschaft mit anderen Völkern leben. In dieser Gesellschaft hätten auch Faschisten keinen Platz mehr, da wir ihnen die soziale Grundlage entzogen hätten.

Liebe Kolleg:innen, diese Gesellschaft ist keine naive Utopie, keine bloße Träumerei. Sie kann erkämpft werden. Die Geschichte zeigt uns, dass der Aufbau einer anderen Gesellschaftsform möglich ist. Nicht alle Versuche waren erfolgreich, aber aus allen können wir lernen. Und man muss anerkennen: Es waren die erfolgreichen Revolutionen in Russland, China und andernorts, die im Rekordtempo technischen Fortschritt und eine Verbesserung der Bildung für alle brachten. Frauen wurden gleichgestellt und die wirtschaftliche Entwicklung zugunsten der Mehrheit massiv angeschoben!

Was in der Vergangenheit möglich war, kann es auch in Zukunft sein.

### **Was also tun?**

Kurz gesagt, wie es ist, so darf es nicht bleiben. Und es liegt in unseren Händen, wie es wird!

Natürlich müssen wir uns in Gewerkschaften organisieren, um den heftigsten Angriffen der Kapitalisten entgegenzutreten. Wo wir stark sind, wird es viel schwieriger, unseren Arbeitsschutz oder unsere Tarifverträge anzutasten. Mit einer kämpferischen Gewerkschaftspolitik können wir die schlimmsten Zumutungen des Kapitalismus abwehren. Lasst uns dabei nicht vergessen, wie wichtig es ist, dass verschiedene Strömungen in unseren Gewerkschaften ihren Platz haben. Das ist die Lehre der deutschen Arbeiter:innenklasse aus dem Faschismus. Es waren auch Kommunist:innen, die den DGB mitaufgebaut haben.

Und dass aktuell in Stuttgart gegen die antikapitalistische Beteiligung auf der DGB-Demo gehetzt wird, ist damit nicht nur undemokratisch, sondern auch geschichtsvergessen. Als Antikapitalist:innen fühlen wir uns direkt angesprochen. Deshalb fordern wir Euch hiermit auf, dieser Spaltung in „gute und böse“ Gewerkschafter:innen mit Protestbriefen zu begegnen! Dass wir einen eigenen Aufruf und einen eigenen Ausdruck auf der Straße haben, heißt nicht, dass wir nicht Teil des DGB sind!

In erfolgreichen Abwehrkämpfen sammeln wir notwendige Erfahrungen, stärken uns als Arbeiter:innenbewegung und erleben, dass wir uns gegen das Bestehende wehren können. Das bedeutet, sich dagegen zu stellen, wenn die Regierung der Kapitalisten unser Streikrecht angreift, die Wehrpflicht wieder einführt oder weitere Einschnitte in die Sozialsysteme durchdrücken will. Um das ewige Hamsterrad der Krisen, die scheinbare Alternativlosigkeit der kapitalistischen Barbarei, ganz zu durchbrechen, braucht es aber mehr.

Als Arbeiter:innenklasse haben wir nicht nur die Kraft dazu, sondern tragen dafür auch die Verantwortung. Ob Pfleger:in, Erzieher:in, Mechaniker:in oder Monteur:in – wir sitzen in denselben Verhältnissen fest. Wir besitzen nichts außer unserer Arbeitskraft. Wir haben keine Produktionsmittel, keine Fabriken und keine Maschinen. Aber wir sind die Mehrheit in der Gesellschaft. Zusammen können wir wirklich etwas ändern und Schluss machen mit diesem profitorientierten System. Dessen müssen wir uns bewusst werden. Es braucht eine kämpferische Bewegung in und aus den Betrieben – über einzelne Alltagskämpfe hinaus. Die antikapitalistische Beteiligung an der 1.-Mai-Demo hier in Waiblingen, die ich schon seit Jahren gemeinsam mit vielen Kolleg:innen aus unterschiedlichen Branchen mitprägen darf, ist unser Vorschlag für einen kleinen, aber feinen ersten Schritt.

An Tagen wie heute stehen wir als Arbeiter:innenklasse vereint für unsere Zukunft und für eine Welt ein, in der der Mensch kein geknechtetes und verächtliches Wesen mehr sein muss. Wir haben die Macht, dem Töten und Sterben für Profite ein Ende zu setzen! Wir haben die Macht, der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein Ende zu setzen! Wir haben die Macht, eine solidarische Gesellschaft aufzubauen, die den Interesse der Mehrheit dient!

Ältere Kolleg:innen mögen sonnigere Zeiten der Sozialpartnerschaft miterlebt haben, weil die Gewerkschaften mächtiger waren und mit den sozialistischen Staaten eine für alle greifbare Alternative zum Kapitalismus existiert hat. Aber denken wir an unsere und an die kommenden Generationen. Nur in unserem Kampf steckt die Hoffnung für eine bessere Zukunft.

Und Tage wie heute geben mir auch Zuversicht. Lasst uns unseren Kampf gemeinsam aufnehmen und diesen Kampf auch an jedem weiteren Tag in die Betriebe tragen. Wir kämpfen weiter – kollektiv, aufrecht lächelnd und unverzagt - trotz alledem.

**Hoch die internationale Solidarität! Es lebe der 1. Mai!**